

## KURZ UND PRÄGNANT

### Das Asylrecht wird weiter ausgehebelt

„Die Einstufung so genannter sicherer Herkunftsländer hebt das Asylrecht weiter aus“, so Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, nach der Landtagsdebatte am 10. Juli. „Natürlich muss sich die CDU den Vorwurf gefallen lassen, mit der Verwendung derartiger abwertender Begriffe und der Forderung nach einer weiteren Einschränkung des Asylrechts den Nährboden für Rassismus zu bereiten.“ Sabine Berninger wies die Behauptung des CDU-Abgeordneten Wolfgang Fiedler zurück, die CDU Rassisten und Rassisten genannt zu haben. „Wenn Herr Fiedler sich einmal die Mühe machte, wirklich zuzuhören und nicht lediglich auf Reizworte zu reagieren, dann hätte er den von mir tatsächlich gemachten Vorwurf registriert. Nämlich, dass der Leitsatz des Bundesverfassungsgerichtes, ‚Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren‘, bei allen relevanten Gruppen und Institutionen Handlungsmaxime ist, nur nicht bei der Thüringer CDU. Und nicht bei RassistenInnen und RechtspopulistInnen.“

Die LINKE lehne das zynische und menschenverachtende Abschottungsmodell der sogenannten sicheren Herkunftsländer und sogenannter sicherer Drittstaaten ab. Damit werde ein Kernstück des Asylrechts ausgehebelt: die sorgfältige Prüfung des Einzelfalles. ■

### Kategorisch gegen Fingerabdruckscanner

Zu der vom Landesdatenschutzbeauftragten Lutz Hasse gerügten Verwendung von Fingerabdruckscannern durch einzelne Catering-Firmen beim Schulessen erklärte der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion Torsten Wolf: „Die Verwendung solcher Scanner kann aus Gründen des Schutzes der Persönlichkeitsrechte der betreffenden Schüler nicht in Frage kommen, auch und gerade wenn zur Identifizierung der Schüler gleichzeitig andere Systeme, wie eine Chip-Card, verwendet werden. Schutz der Persönlichkeitsrechte und Datenschutz gehen über die Interessen eines Catering-Unternehmens. Sollten solche biometrischen Daten entwendet werden, kann das für das spätere Leben der betreffenden Schüler sehr negative Folgen haben. Und dieses Risiko ist auszuschließen.“ Die Kritik des Datenschutzbeauftragten sei völlig begründet. Die LINKE lehne die Sammlung der biometrischen Daten von Schülern kategorisch ab. ■

# Solidarische Gemeinschaftsarbeit fördern

## Internationaler Genossenschaftstag: Hilfe zur Selbsthilfe gemeinsam organisieren

**Am 4. Juli fand der Internationale Genossenschaftstag statt. Aus diesem Anlass hatte die arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Ina Leukefeld, die Bedeutung der Genossenschaften für zukünftige gemeinschaftliche Arbeitsformen hervorgehoben:**

„Der von den Vereinten Nationen 1992 ins Leben gerufene Internationale Tag der Genossenschaften findet alljährlich am ersten Samstag im Juli statt. Er soll dazu beitragen, den Genossenschaftsgedanken stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. Genossenschaften verkörpern alternative, solidarische Wirtschaftsformen und tragen dazu bei, Hilfe zur Selbsthilfe gemeinsam zu organisieren. Unsere Fraktion setzt sich seit Langem für ihre Stärkung in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein.“

Eine Reihe von Veranstaltungen und parlamentarischen Initiativen sind von der Linksfraktion im Landtag ausgegangen und werden auch künftig auf

der Tagesordnung stehen. Zudem haben im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag Belange von Genossenschaften z.B. insofern Eingang gefunden, dass „Genossenschaften und andere Formen des solidarischen Wirtschaftens stärker an öffentlichen Förderprogrammen partizipieren sollten“.

### Gründerwoche im Herbst

Kürzlich haben ein Erfahrungsaustausch zwischen Fraktionsmitgliedern und Vertretern des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. im Thüringer Landtag sowie ein Gespräch mit Dr. Klaus Sühl, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, wichtige Impulse gegeben.

Auch ein gemeinsamer Besuch im Thüringer Zentrum für Existenzgründer und Unternehmertum (ThEX) sei für einen Meinungsaustausch darüber genutzt worden, wie die Beratung und Begleitung von Gründern auch unter dem Aspekt „Gründen in Gruppen“ in verschiedenen Bereichen ermöglicht und

verstetigt werden kann. Erfahrungen zeigten, dass das Gründen von Genossenschaften nicht selten langwierige Überzeugungsarbeit erfordere, weil die Vorteile dieser Wirtschafts- und Rechtsform noch zu wenig bekannt seien.

„Auch deshalb haben wir die Einladung der ThEX-Vertreter gern angenommen, eine ‘Gründerwoche’ im Herbst dieses Jahres mitgestalten zu können. Denn wir sind davon überzeugt, dass auch in Zukunft gemeinschaftliche Arbeitsformen dazu beitragen, die großen Herausforderungen eines sozial-ökologischen Umbaus im Interesse der Thüringer Bevölkerung zu meistern“, betonte Ina Leukefeld.

Der Schwerpunkt des Internationalen Genossenschaftstages lag in diesem Jahr auf dem Thema „Genossenschaften wählen, heißt Gleichheit wählen“. „Gleichheit und Fairness“ bedeuten konkret: gleiches Wahlrecht für alle Mitglieder, den Zugang zu allen Produkten und Dienstleistungen der Kooperative sowie gerechte Verteilung der Gewinne. ■

## „Pacemakers“ am Landtag: Für weltweites Atomwaffen-Verbot

Etwa 60 Fahrradfahrer der Rad-Demo Pacemakers Berlin Tour haben am 3. Juli und bei großer Hitze in Erfurt vor dem Landtag auf ihrer Tour von Heilbronn nach Berlin Station gemacht.

Anliegen der Fahrt ist die Forderung nach einem weltweiten Verbot aller Atomwaffen. Vor dem Landtag begrüßten die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, sowie weitere Abgeordnete die Teilnehmer: „Krieg ist bis heute leider für Millionen Menschen schrecklicher Alltag. Es wird Zeit, dass die Forderungen nach Abrüstung, Ächtung von Massenvernichtungswaffen und einem Ende der Kriege weltweit wieder lauter werden und Gehör in der Politik finden. Ich freue mich, dass es Initiativen wie die Pacemaker-Tour gibt!“

### Im August 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe

Susanne Hennig-Wellsow wies zudem darauf hin, dass DIE LINKE Thüringen jüngst die „Helaba – Landesbank Hessen-Thüringen“ aufgefordert hatte, auf Investitionen in Rüstungsgeschäfte zu verzichten. Laut einer Studie von „Pax Christi“ und der „International campaign to abolish nuclear weapons“ sei die Bank an entsprechenden Geschäften beteiligt. Hennig-Wellsow fordert von der Bank weitere Aufklärung darüber. Bisher sei die Bank eine verbindliche Aussage schuldig geblieben. Sie kündigte an, dass die mögliche Beteiligung der Bank, an der sowohl der Freistaat Thüringen als auch das Land

Hessen Anteile halten, in Kürze Thema auch im hessischen Landtag werde.

Die zweite Pacemakers BerlinTour führte über 632 km zum Auswärtigen Amt und zum Kanzleramt. Nach der erfolgreichen Erstaufgabe im vergangenen Jahr verlief die Route dieses Jahr von Heilbronn über Bad Mergentheim, Würzburg, Bad Neustadt an der Saale, Suhl, Erfurt, Jena, Naumburg, Weißenfels, Leipzig, Wittenberg, Potsdam nach Berlin.



Im August 2015 jähren sich die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zum 70. Mal. „Die Welt steht heute noch immer am Rande eines atomaren Infernos. Die Weltuntergangsuhr wurde deshalb am 22. Januar 2015 auf 3 Minuten vor 12 vorgestellt. Weltweit gibt es nach wie vor etwa 16.000 Atomwaffen, von denen um die 2.000 ständig in höchster Alarmbereit-

schaft gehalten werden“, sagte Roland Blach, Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Baden-Württemberg und Koordinator der Pacemakers. Die meisten dieser Waffen haben ein weitaus größeres Zerstörungspotential als jene Atomwaffen, die 1945 hunderte Tausend Menschen qualvoll zugrunde gehen ließen. 159 Staaten haben aktuell in einer UN-Erklärung den Einsatz von

Atomwaffen „unter allen Umständen“ geächtet. Nur ein umfassender völkerrechtlicher Vertrag zur Abschaffung aller Atomwaffen hilft, weiteres Leid zu vermeiden. „Dieses Verbot wird bei der derzeit stattfindenden Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag in New York von vielen Staaten und NGO´s eindringlich gefordert“, so Blach. [www.pace-makers.de](http://www.pace-makers.de) ■